

ASEAN: Ein anderer Tonfall

Voller Erwartung zogen viele Vertreter von Völkern in Südostasien am 3. Mai dieses Jahres nach Düsseldorf. Verschiedene deutsche Organisationen hatten eine Parallelkonferenz organisiert: Während die Minister der EG und der ASEAN an einem anderen Ort in der Stadt über weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit konferierten, sollte die Anhörung die Aufmerksamkeit auf die wahre Art der meisten Regierungen und Regime in Südostasien lenken. Tatsächlich hatten sich viele Leute die Mühe gemacht, einen Beitrag zur Parallelkonferenz liefern zu können. Das gemeinsame Thema der Sprecher und Sprecherinnen war die Verletzung der Menschenrechte. Das gewünschte Resultat blieb nicht aus. Mit vielen Emotionen wurden die Geschichten vorgebracht: aus Thailand, Singapur, aus West-Papua, aus den Philippinen, aus Malaysia ... * Wiederum ein Forum, auf dem Vertreter von Völkern der ASEAN-Region ihr Leid der Welt kundtun konnten. Etwa 50 Menschen saßen im Saal, um alle Geschichten anzuhören. Den roten Faden hatte man verloren. Oder waren das die Menschenrechte, wovon die eine Geschichte noch schlimmer zeugte als die andere. Das Podium war mit fünf Personen besetzt: zwei Leute aus dem deutschen Parlament (SPD und Grüne), zwei Leute aus dem europä-

Beitrag zur Verbesserung von möglicherweise folgenden Konferenzen, auf denen vielbeschäftigte Menschen aus aller Welt zusammenkommen, leisten. Meiner Meinung nach, darf man von einer Parallelkonferenz mindestens erwarten, daß versucht wird, eine Gegenkraft zu formen. Auf einer solchen Konferenz kann an der Verstärkung des Bandes zwischen den teilnehmenden Gruppen und Personen gearbeitet werden. Zum Beispiel wird noch einmal eine EG-ASEAN-Konferenz abgehalten werden. Als Vertreter der Völker, die in den ASEAN-Staaten leben, müssen wir eine gemeinsame Interessengruppe bilden, damit die nächste Parallelkonferenz stärker und effektiver sein kann. Dabei ist die Unterstützung der europäischen Solidaritätsgruppen willkommen. Die ASEAN nimmt bereits deutlich Form an. Die Völker der ASEAN-Staaten haben es jedoch mit einer immer größer werdenden Unterdrückung zu tun. Ein Beispiel von Menschenrechtsverletzungen nach dem anderen ging in Düsseldorf durchs Mikrofon. Aber was haben wir davon gelernt? Wissen wir nun, worin die Unterschiede oder Übereinstimmungen zwischen den Unterdrückungsmechanismen der Regime in Indonesien und Singapur bestehen? Haben wir etwas über die Art und Weise des Organisierens auf den Philippinen und in Malaysia gelernt? Es ist wichtig zu wissen, was sich in den einzelnen

Die Lektion von Düsseldorf

Ich hoffe, daß wir als Asien- und Pazifikgruppen von "Düsseldorf" etwas lernen können. Sei auf der Hut, bewahre, beschütze und vertrete deine Sache auf die wirkungsvollste Weise. Solidarität mit anderen und mit dem Los deines Volkes – und somit der Unterdrückung deiner Schwestern und Brüder – müssen einander ergänzen. Unsere Verantwortung besteht in erster Linie für unser Volk. Solidarität muß gegenseitig sein, um zu einer Zusammenarbeit führen zu können.

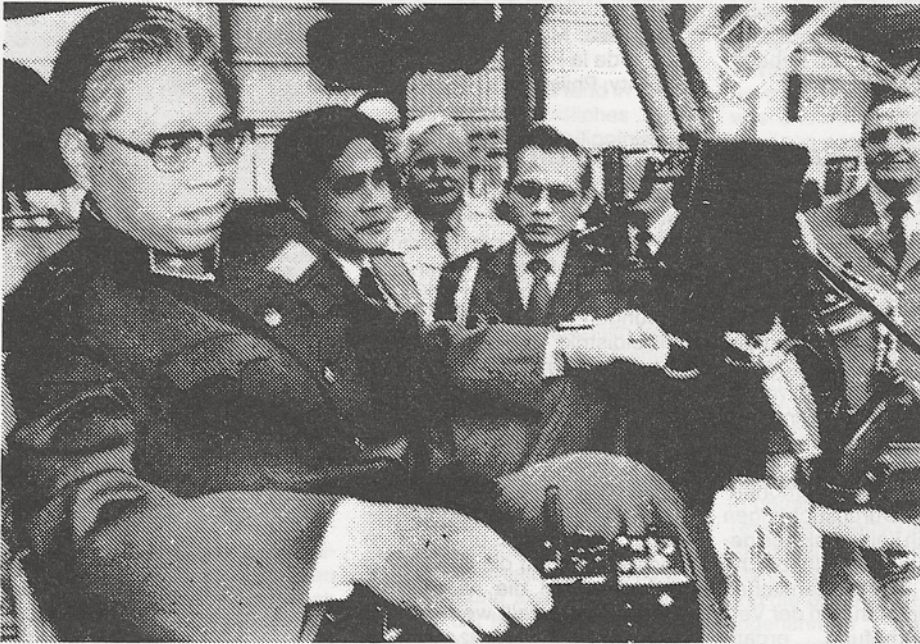
Viktor Kaisiepo, West Papua Volksfront
(aus: IFM Jg. 14, Nr. 1 [Juli], S. 13; Übersetzung von Thomas Sieberich)

Anmerkung: * Kaisiepo schreibt wirklich Malaysia, obwohl nicht aus Malaysia berichtet wurde; d. Übers.

Big Boss und Big Mäc: in der developmentpolitischen Bildung (Kirchen-) Steuer herumerissen

Am 10. Juni entschied der Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED), das Frankfurter Fast Food Informations- und Koordinationsbüro "Volksmund" nicht weiter finanziell zu fördern. Der ABP hatte die Ablehnung des 20.000 DM umfassenden Zuschußantrags für 1988 mit "überzogenen" und "einseitigen Aussagen" des Volksmund-Büros begründet, das sich überdies zu sehr auf die Kritik des Branchenführers McDonald's (Umsatz des Weltkonzerns 1987: 24 Mrd. DM) konzentriert und McDonald's-Mitarbeiter verletzt habe. Die Fortsetzung der 1987 als "Starthilfe" gewährten Förderung von 29.000 DM sei "mandatsbedingt nicht gerechtfertigt", weil sich das Volksmund-Büro zu weit vom ABP-Auftrag der developmentpolitischen Bildungsarbeit in der Bundesrepublik entfernt habe.

Kurzchronik der Ereignisse: 14.10.87, 14.11.87, 5.2.88 – Schreiben von verschiedenen Lizenznehmern der McDonald's Corp., Fulda, an Rat bzw. Kirchenamt der EKD; darin Beschwerde über die Bezuschussung des Volksmund-Büros durch den ABP; Begründung: Demagogie, Falschinformation, unseriöse Quellen, Verleumdung; Forderung: öffentliche Entschuldigung der EKD und Einstellung der "feindseligen Aktivitäten"; Drohung: gerichtliche Klage und Steuerentzug durch Kirchenaustritte (bei Austritt sämtlicher McDonald's-Bediensteten Wegfall von ca. 1,4 Mio. DM Kirchensteuer) anschließend – ABP beauftragt Ernährungswissenschaftler Prof. Horst Grimme, Uni Bremen, die inhaltliche Informationsarbeit des Volksmund-Büros und die gegen sie gerichteten Vorwürfe zu beurteilen 30.5.88 – eigens eingerichtete Arbeitsgruppe des ABP berät über Ereignisse; vier Vertretern von McDonald's wird Gelegenheit gegeben, persönlich ihr Anliegen vorzutragen; Volksmund-Büro und Autoren beanstandeter Veröffentlichungen werden nicht gehört in der Zwischenzeit – Vorlage des Grimme-Gutachtens beim ABP, wird dort zum internen Arbeitspapier erklärt; Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß inkriminierte Äußerungen in Volksmund-Veröffentlichungen nicht nachzuweisen seien; Empfehlung, u.a. "die Arbeit des Volksmund-Büros inhaltlich zu verbreitern und qualitativ zu verbessern" 10.6.88 – ABP der AG KED entscheidet, Volksmund-Büro nicht



Militärattachés aus China, Philippinen und Indonesien auf der Luft- und Raumfahrt ausstellung in Hannover

Quelle: IFM, Juli 1988, S. 13

ischen Parlament (sozialistische und Regenbogenfraktion) und jemand von Amnesty International. Die SprecherInnen dieses Vormittags und das Publikum konnten nur zuhören. Das Ganze erweckte den Eindruck einer Diskussion am heimischen Tisch unter Gleichgesinnten. Ärgerlich hörten sich viele die Diskussion der Podiumsmitglieder untereinander an; eine sehr frustrierende Erfahrung, weil niemand die Gelegenheit bekam, seine oder ihre Sicht des Themas darzulegen. Ärgerlich war auch, daß nicht alle Vertreter an der Pressekonferenz teilnehmen konnten. Warum, aus welchen Gründen werden Leute ausgesucht, um ihre Geschichte der Presse erzählen zu können?

Solidarität unter Völkern

Nach dieser negativen Kritik an der Konferenz in Düsseldorf möchte ich gerne einen

Ländern abspielt. Aber das Aufzählen von Vorfällen hat keinen Sinn, wenn es nicht zu einer gemeinsamen Analyse und Strategie führen kann. Solidarität untereinander ist wichtig. Aber dabei lege ich die Priorität auf Solidarität mit Völkern, die in der selben Situation sind wie mein Volk. Ich habe den Eindruck, daß wir nach Düsseldorf geholt wurden, um den deutschen Organisationen Solidarität und Legitimität zu verschaffen. Und ehrlich gesagt, da passe ich ... Warum sind wir nicht alle zusammen zur Hannover-Messe gegangen? Dort haben sich die Verteidigungsminister von China, Philippinen und Indonesien im Beisein der Presse die neuesten und modernsten Waffen angeschaut und geprüft. Keine Stimme des Protestes, keine Demonstration ... Stattdessen mußten wir auf einer deutschen Konferenz sitzen und zuhören.

mehr länger zu fördern; Ablehnung eines Finanzierungsantrags für 1988 15.6.88 – Pressekonferenz des Volksmund-Büros; Vorwurf an ABP: "deutliche Verletzung des fair play"; Volksmund sei nun "finanziell am Ende"; Filmemacher Peter Heller (ebenfalls von McDonald's angegriffen): von ABP abgelehnter Betrag von 20.000 DM sei "lächerlich im Vergleich zum Werbeetat des Weltkonzerns von zwei Mio. \$ täglich" 22.8.88 – gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden von AG KED und ABP, Günter Linnenbrink und Hans-Norbert Janowski: Volksmund-Büro betreibe eine "Kampagne" gegen Kirchlichen Entwicklungsdienst; vorgelegtes Material habe erkennen lassen, "daß es nicht in ausreichendem Maße den Anforderungen entsprach, die zur Voraussetzung für eine Förderung entwicklungsbezogener Bildungsvorhaben aus KED-Mitteln gehören" "McDonald's droht, die Kirche kuschelt", kommentierte die Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit". Big Mac is watching you, und beim Geld hört der Bildungsauftrag auf.

Quelle: epd-Entwicklungspolitik, Aktuelle Vorausinformation 4/88 v. 25.8.

Achtung: Das Gutachten von Prof. Horst Grimme kann bei epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt/M. 1 bestellt werden.



Quelle: Publik-Forum Aktuell, Bürger gegen Burger, S. 3

Aktionen gegen Frauenhandel

Am 25.11., dem von terre des hommes ausgerufenen "Tag gegen Gewalt gegen Frauen", sind am Flughafen in Manila, Philippinen und an deutschen Flughäfen, (Hamburg und Frankfurt) Protestaktionen gegen Frauenhandel geplant.

Es geht nicht darum, die betroffenen Frauen zu diskreditieren, moralisch zu verurteilen oder gar an der Einreise zu hindern.

Im Gegensatz zu den jetzigen Plänen der Bundesregierung, durch Verschärfung der Visabestimmungen dem Handel mit Frauen zu begegnen und damit in erster Linie die Frauen zu treffen, sollen diese Aktionen auf die eigentlichen Hintermänner in der Sex-Porno- und Tourismusindustrie verweisen.

Weitere Informationen über die geplante Aktion können über agisra
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M,
Tel.: 069/7392152, erfragt werden.

"Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht"

7. bundesweites Treffen der Einwanderinnen- und Flüchtlingsinitiativen
14. bis 16. Oktober 1988 im ZAKK, Düsseldorf

Das 7. Bundestreffen konzentriert sich diesjährig auf die Situation von geflüchteten und hier lebenden Frauen. Im "Jahrhundert des Flüchtlings" wird kaum thematisiert, daß ca. 80-90% der Flüchtlinge weltweit Frauen und Kinder sind. Die Flucht nach Europa schaffen nur wenige und sie treffen hier auf ein Klima von sich zuspitzender Fremdenfeindlichkeit, getragen durch eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik der "geschlossenen Grenzen".

Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Gewalt gegen Frauen sind weltweit in besonderem Maße nicht nur Fluchtgrund sondern auch Fluchthindernisse und haben im "Aufnahmeland" BRD noch nicht ihr Ende gefunden. Hier wie anderswo ist das Bild des politisch Verfolgten geprägt von der Vorstellung einer männlichen, politisch aktiven Betätigung. Diese Form des herrschenden Politikverständnisses grenzt viele Frauen aus. Nicht nur in der institutionalisierten Praxis der Ausländerarbeit sondern auch in der Initiativarbeit werden Frauenflüchtlinge weder mit ihrem besonderen Problem noch in ihrer doppelten sexistischen und rassistischen Ausbeutung gesehen:

- Allein Frau-Sein ist in fast allen Kulturen Grund zur Mißachtung, Demütigung, Bestrafung, Verstümmelung, Gewalt.
- Allein Frau-Sein heißt mehr arbeiten und weniger bzw. keine Rechte haben.
- Frauen werden verfolgt, inhaftiert, gefoltert und getötet, wenn sie sich gegen herrschende Traditionen wehren.
- Sie werden verfolgt, gefoltert und sexuell mißhandelt und erniedrigt aus dem einzigen Grund, weil sie Angehörige politisch Verfolgter sind.
- Sie werden verkauft, zur Prostitution gezwungen, in Bordelle oder ins zahlende Ausland verschleppt.

Diese frauenspezifischen Verfolgungsgründe und Menschenrechtsverletzungen werden in der BRD als Asylgrund nicht anerkannt, gelten nicht einmal laut Genfer Konvention als politisch. Flüchtlingsfrauen leben in den meisten Fällen hier nur als "Geduldete", d.h. sie können jederzeit abgeschoben werden. Sind sie mit dem Ehemann/Familie gekommen, so erhalten sie in der Regel kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Zusätzlich zu ihrer Diskriminierung als Ausländerinnen



Quelle: ISIS, Women in Development, S. 47

werden sie in nahezu allen Bereichen ausgegrenzt und besonderen Bestimmungen unterworfen.

Selbst in der Solidaritätsbewegung wissen viele nichts über die gesetzliche Unrechtsbehandlung von Frauen, können sich viele unter Verfolgung aufgrund des Geschlechts nichts vorstellen, tauchen Frauen mit ihren Problemen nur am Rande auf.

"UNS REICHT DIESER PLATZ AM RANDE NICHT!"

Wir wollen mit diesem Bundestreffen dazu beitragen, die Grenzen auch in unseren Köpfen zu durchbrechen. Wir wollen unser herrschendes Politikverständnis, unsere diskriminierende Sprache und unsere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zur Diskussion stellen – sprich: in den verschiedenen



Quelle: ISIS, Women in Development, S. 52

Arbeitsgemeinschaften an konkreten Veränderungen arbeiten.

Programm:

Freitag 20.00 Uhr: Einführungsvortrag von Veronika Bennholdt-Thomsen

Samstag ab 10.00 Uhr: Arbeitsgruppen

1. Rassismus und Sexismus
2. Internationale Frauensolidarität – Das Bild der Anderen (nur für Frauen)
3. Die Fremde – Lebenssituation von ausländischen Frauen in der BRD (nur für ausländische Frauen)
4. Asylrecht und Aufenthaltsstatus von Frauen
5. Menschenrechte sind noch lange keine Frauenrechte – Die "unpolitische" Gewalt gegen Frauen
6. Sextourismus und Frauenhandel
7. Das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung – Bevölkerungspolitik und die Situation von Flüchtlingsfrauen
8. Flüchtlingsfrauen in Vorfluchtländern

Rahmenprogramm mit den ADJEs und einer Pantomimengruppe der Autonomen Iranschen Frauen, Berlin

Sonntag ab 10.00 Uhr: Abschlußplenum "Perspektiven"

(Anmeldungen bis zum 31. September 1988 beim ID-Asyl c/o Mo Kuball, Worringerstr. 70, 4000 Düsseldorf 1)

Einführung der Visumpflicht geplant

Eine in den Tagesthemen vom 9.8.88 erwähnte – wie auch von der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John mit Zustimmung der CDU-Abgeordneten Hannelore Rönsch geforderte – Einführung der "Visumpflicht für Thailänder und Filipinos" steht nach telefonischer Auskunft des Bundesinnenministeriums vom 2.9. absehbarer Zeit in Aussicht. Allerdings ordne sich diese Maßnahme der Einführung eines Sichtvermerkes für einen Aufenthalt von maximal 3 Monaten zu touristischen Zwecken in die Harmonisierungsbestimmungen der Sichtvermerksbestimmungen innerhalb der 12 EG-Staaten ein und sei kein spezielles Vorgehen gegen südostasiatische Länder; für eine ganze Reihe afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten seien ähnliche Vorhaben geplant oder bereits durchgeführt.

Mit Einführung der Visumpflicht, der ein Kabinettsbeschluß vorausgehen muß, muß in Zukunft im Herkunftsland bei der deutschen Botschaft gegen eine Gebühr eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden. Der Sichtvermerk wird dann für touristische oder Geschäftsaufenthalte für max. 3 Monate erteilt, nicht jedoch zu Zwecken der Erwerbstätigkeit. Den deutschen Botschaften bleibt ebenso wie auch zukünftig dem Bundesgrenzschutz die Erteilung eines Visums oder die Entscheidung über die Einreise in die BRD vorbehalten. So warnte Peter Pliischka vom Auswärtigen Amt vor allzugroßen Hoffnungen: "die Niederlande, die schon lange die Visumpflicht haben, hätten ein vergleichbares Problem mit asiatischen Frauen, die zur Prostitution gezwungen würden."

vgl. FR 14.7.88

Stellungnahme der AGISRA (12.08.88) zur geplanten Einführung der Visapflicht (Auszüge):

Frauenhändler finden immer Mittel und Wege, Visa für die ausländischen Frauen zu besorgen. Die Frauen müssen Geld dafür bezahlen, verschulden sich noch mehr und werden noch abhängiger von den sogenannten "Vermittlerorganisationen". Bisherige Erfahrungen mit dem internationalen Frauenhandel zeigen, daß gegebenenfalls auch nicht davor zurückgeschreckt wird, Frauen in Containern für den Gütertransport in verschiedene Länder zu schmuggeln. Auch gefälschte Papiere, die die Frauen von den Frauenhändlern erhalten, sind keine Seltenheit. Die betroffenen Frauen werden mit der Einführung der Visapflicht noch stärker kriminalisiert. (...)

Der Frauenhandel wird weitergehen, so lange in der Bundesrepublik eine hohe Nachfrage besteht, Frauen zu kaufen für die Ehe, für das Sexgeschäft und für illegale Arbeit; und solange Frauen in der "3. Welt" aufgrund ökonomischer Notlagen gezwungen sind, ins Ausland zu gehen zur Sicherung des Unterhalts ihrer Familie.

Wir wenden uns gegen die Einführung der Visapflicht, gegen weitere Benachteiligung und Kriminalisierung der ausländischen Frauen, und wir fordern Maßnahmen gegen die Händler, die sich durch Ausnutzung der ökonomischen Not der Frauen an ihnen bereichern.



Besuch thailändischer Frauengruppe in der BRD

Im Rahmen des Thai-Deutschen-Dialogs kommt vom 17. September bis zum 15. Oktober eine Gruppe von sechs Aktivistinnen aus thailändischen Frauenorganisationen in die Bundesrepublik. Ihr Interesse ist es, das Leben von Frauen in der BRD wie auch ihre Organisationsformen kennenzulernen, um dann gemeinsame Aktionsformen z.B. in bezug auf Prostitutionstourismus und Frauenhandel zu entwickeln.

Die Reiseroute in der BRD geht von Berlin, über das Ruhrgebiet nach Köln/Bonn und endet schließlich in Frankfurt. Neben Veranstaltungen zum IWF in Berlin und in der Zeche Carl in Essen (am 26.9.88 um 20.00 Uhr), wo Frauengruppen die Gelegenheit gegeben werden soll, mehr über Strategien und Inhalte der Frauenprojekte in Thailand zu erfahren, steht eine große Anzahl an Besichtigungen und Begegnungen auf dem Programm, u.a. auch Gespräche im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), im Bundesfamilienministerium und mit den Fraktionen des Bundestages.

Für alle interessierten Frauen, die an einer Begegnung oder einem Austausch mit den Thailänderinnen interessiert sind, besteht die Möglichkeit, nach vorheriger Anmeldung an einem Austauschseminar in Darmstadt vom 7.-9.10.88 teilzunehmen.

Anmeldung an: AGISRA, Mainzer-Landstr. 147, 6000 Frankfurt a.M. 90



Terminkalender

30.9.-2.10. 1988:

Frauen kämpfen für einen atomwaffenfreien Pazifik; Veranstalterin: Ev. Tagesstätte Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2071 Ammersbeck 1, Tel. 040/605 00

20.1.-7.10.:

Die Erfindung der Familie. Mit Anschauungsmaterial aus der eigenen Kultur, aus West-Neuguinea und Java. Für Lehrer/innen und Interessierte; Veranstalterin: Ökumenische Werkstatt, Missionsstr. 9, 5600 Wuppertal 2, Tel. 0202/8 20 76

3.-9.10.:

Die Rolle der Religionen in Asien heute – dargestellt am Beispiel des Buddhismus; Ort:

5431 Hübigen; Veranstalter: Katholischer Akademischer Ausländerdienst e.V., Hausdorffstr. 151, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/23 00 07

14.-16.10.:

"Sozioökonomische und kulturelle Ursachen für Sextourismus, Heiratsmarkt und Frauenhandel"; Ort: Jagdschloß Baum, Bückeberg; Veranstalter: Dienste in Übersee, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek (Haus am Schüberg)

14.-16.10.:

Aus aller Herren Länder: Frauen auf der Flucht. 7. bundesweites Treffen der Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen; Ort: ZAKK, Fichtenstr. 40, 4000 Düsseldorf; Anmeldung: ID Asyl in der BRD, c/o Mo Kuball, Worringer Str. 70, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 0211/35 02 61; Veranstalter: VIA-NRW e.V., Lerschstr. 2, 4630 Bochum

21.-23.10.:

Möglichkeiten und Probleme entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit in der Bundesrepublik; Ort: 4990 Lübbecke-Nettelstedt; Veranstalter: Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V., Horstweg 11, 4973 Vlotho, 05733/68 00

23.-28.10.:

China und seine Nachbarn. Für Angehörige verschiedener Berufe; Veranstalt.: Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Stadtwaldgürtel 42, 5000 Köln 41, Tel. 0221/40 30 91

10.-13.11.:

Europäisierung der Rüstungsproduktion und ihre Bedeutung für den Rüstungsexport (u.a. am Bsp. Südostasiens). 3. Treffen des europäischen Netzwerks gegen Rüstungsexporte; Ort: Bonn; Veranstalter: BUKO, Kampagne gegen Rüstungsexport, Buchtr. 14/15, 2800 Bremen 1, 0421/32 60 45

11.-13.11.:

Die Dritte Welt – Futterkiste Europas? Futtermittel und Welthunger; Ort: 8137 Berg-Leoni; Veranstalterin: Europäische Akademie Bayern, Augustenstr. 14a, 8000 München 2, Tel. 089/55 53 09

11.-13.11.:

Asiatische Ortskirchen stellen sich vor: Indonesien. Seminarreihe: Blickpunkt Weltkirche; Veranstalt.: Arnold-Jansen-Haus, Arnold-Jansen-Str. 24, 5201 St. Augustin 1, Tel. 02241/23 72 96

12.11.:

Demonstration gegen Rüstungsexport- und Asylpolitik; Ort: Eschborn und Schwalbach (Nähe Frankfurt); Veranstalter: u.a. Kampagne gegen Rüstungsexport, Limburger Str. 23, 6270 Idstein, Tel. 06126/5 31 18

13.11.:

Kambodscha: Interne und internationale Probleme. Internationales Hearing (u.a. mit Sihanouk, Brandt, Scholl-Latour, Chanda etc.); Ort: Bonn; Veranstalter: Friedrich-Naumann-Stiftung u. Komitee Cap Anamur, Kupferstr. 7, 5210 Troisdorf

25.-27.11.:

Freiheit wie Sand am Meer: Malaysia. Und die Freiheit der Menschen? Ort: Jugendgästehaus, 4000 Düsseldorf; Veranstalter: Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V., Horstweg 11, 4973 Vlotho, 05733/68 00 in Zusammenarbeit mit der AI-Malaysia-Ko-Gruppe und der Südostasien-Informationsstelle, Bochum